

# in Deutschland

## Thema der Woche

# Die Friedensstörer sitzen in Pankow

Die neuen kommunistischen Provokationen dürfen zu keiner Berlinkrise führen. Zwar ist die Ankündigung Pankows, es werde zu Störaktionen kommen, nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, aber niemand — auch nicht die Sowjetunion — kann daran interessiert sein, wirklich „einen Brennpunkt gefährlicher Spannung in Europa zu schaffen“, wie in einer TASS-Meldung gesagt wurde.

Der Beschluß des Bundestagspräsidenten, die Wahl des Bundespräsidenten am 5. März 1969 in Berlin durchzuführen, hat die östliche Presse veranlaßt, die übliche Tirade der Beschimpfungen um einige Grade zu steigern. Neben den Blättern der sowjetischen Besatzungszone steigerten vor allem die Polen ihre Beschuldigungen. Nebenbei bemerkt hielt sich die CSSR betont zurück.

Demgegenüber läßt sich feststellen, daß nicht die Bundesrepublik der Friedensstörer ist, sondern die Provokationen vom Osten ausgehen.

Weder die USA, Großbritannien oder Frankreich noch die Bundesrepublik haben den auf völkerrechtlichen Vereinbarungen beruhenden Status Berlins verändert. Dagegen hat die Sowjetunion zugelassen, daß Pankow den für ganz Berlin geltenden Rechtsstatus geändert hat.

Die Sowjetzonenregierung hat Ostberlin als ihre Hauptstadt in Anspruch genommen; sie übt dort uneingeschränkte Regierungsgewalt aus. Die Bundesrepublik wahrt die Vereinbarungen, wenn Bundesgesetze erst nach Zustimmung des Berliner Abgeordnetenhauses recht-

lich dort wirksam werden; im Ostteil der Stadt gelten die Gesetze der „Volkskammer“ vielfach unmittelbar.

In Westberlin besteht keine Wehrpflicht und die entsprechenden Gesetze der Bundesrepublik haben dort keine Gültigkeit. Die Militär-gesetzgebung der Zonenrepublik gilt dagegen ebenso wie die militärische Organisation voll für Ostberlin.

Mit Zustimmung der Sowjetunion werden auch in Ostberlin regelmäßig Paraden und andere Veranstaltungen der sogenannten Nationalen Volksarmee durchgeführt, die Ostberliner Industrie ist ebenso in die Rüstungswirtschaft eingegliedert wie auch Ostberlin bei der Aufstellung paramilitärischer Verbände nicht ausgenommen wurde.

Wer diese Tatsachen kennt, kann die Äußerung des Bonner Sowjetbotschafters Zarapkin in einem Bundeskanzler Dr. Kiesinger überreichten Schriftstück, die Durchführung der Bundesversammlung in Berlin werde „äußerst unerwünschte Folgen“ haben, nur als einen Pres-sionsversuch ansehen.

Die Bundesregierung wird in den nächsten Tagen diesen Brief beantworten. Sie wird darauf hinweisen können, daß die Bundespräsidentenwahl in Berlin mit vollem Einverständnis der Westmächte vorgenommen wird.

Der Besuch des britischen Ministerpräsidenten Wilson in Berlin, der angekündigte Flug des amerikanischen Präsidenten Nixon in diese Stadt sind mehr als eine freundliche Geste, sie sind Bekundungen des festen Willens, die Freiheit Berlins und seine Rechte zu garantieren.

## Bundestagswahl am 28. September

Der neue Bundestag soll am 28. September 1969 gewählt werden. Diesen Termin hat das Bundeskabinett dem Bundespräsidenten vorgeschlagen. Die Verkündung des Wahltermins durch den Bundespräsidenten ist in Kürze zu erwarten.

## HEUTE

	Seite
Weißbuch zur Verteidigungspolitik	3
Die Schlagkraft muß erhalten bleiben	5
Kein Geld für Rechtsbrecher	6

In der Frage des Devisenausgleichs mit den USA hat die Bundesregierung eine wichtige Entscheidung getroffen. Sie bietet der amerikanischen Regierung jetzt an, ab 1. Juli 1969 rund 80 Prozent der Devisenausgaben zu übernehmen, die durch die Stationierung amerikanischer Truppen und sonstiger Verteidigungsaufwendungen in der Bundesrepublik entstehen. Die amerikanische Forderung belief sich bisher auf 3,2 Milliarden DM jährlich.

Für den Devisenausgleich werden keine Haushaltsmittel verwendet. Der deutsche Vorschlag enthält eine Reihe von Möglichkeiten des Devisenausgleichs, u. a. auch deutsche Investitionen in den USA sowie Käufe von Zivilgütern. Eine Übernahme der Lohn- und Gehaltskosten für die bei den amerikanischen Truppen beschäftigten deutschen Zivilangestellten ist nicht vorgesehen.

Mit diesem Beschluß des Bundeskabinetts können die deutsch-amerikanischen Verhandlungen in dieser Frage in Kürze fortgesetzt werden.

## UNO muß fest bleiben

Die Sowjetunion bemüht sich seit geraumer Zeit mit Pressionen und diplomatischen Tricks, die Bundesrepublik an der Mitarbeit in einem sehr bedeutenden Ausschuß der Vereinten Nationen zu hindern, der das UN-Entwicklungshilfe-Programm der siebziger Jahre konzipieren soll. Der Kreml tut dies, obwohl die Vollversammlung der UNO die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen hat, daß die Bundesrepublik — wenngleich nicht Mitglied der UNO — in diesen Ausschuß berufen werden kann.

Der sowjetische Störversuch stellt nicht nur eine weitere Belastung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses dar. Einmal neu hat sich darüber hinaus bewiesen, daß der Kreml seine „Entwicklungshilfe“ lediglich als ein Instrument zur Durchsetzung seiner außenpolitischen Ziele betrachtet.

Diese Tatsache kann für unsere eigene Entwicklungshilfepolitik nicht ohne Konsequenzen bleiben. Obwohl gegen Abstimmung und Arbeitsteilung von Ost und West

auf diesem Gebiet keine grundsätzlichen Bedenken bestehen, scheint die konkrete Bereitschaft dazu, wie sie insbesondere der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit erkennen läßt, im gegenwärtigen Zeitpunkt völlig unrealistisch, weil sie eine Atmosphäre der politischen Entspannung voraussetzt, die absolut nicht gegeben ist.

Wer heute den Osten zu gemeinsamen Entwicklungsprojekten mit der Bundesrepublik aufruft — und dies gilt insbesondere im Hinblick auf Ostberlin —, schafft nicht nur die Möglichkeit, daß die Wirksamkeit unserer Leistungen infolge des politischen Mißbrauchs durch die andere Seite herabgesetzt wird. Er bietet zudem den Ländern des Ostens ein hervorragendes Alibi demokratischer Friedfertigkeit und die Chance, den in den Entwicklungsländern besonders nachhaltigen Gesichtverlust nach dem Einmarsch in die CSSR schneller wettzumachen, als es die beste Werbeagentur vermöchte.



**DIE  
WOCHE  
IM  
BUNDES  
TAG**

Um die Beratung der Entwürfe für ein neues **Ausbildungsförderungsgesetz** zu beschleunigen, hat der mitberatende Arbeitsausschuß einen Unterausschuß eingesetzt. Ihm gehören je 2 CDU/CSU- und SPD-Mitglieder sowie ein FDP-Abgeordneter an. Der Unterausschuß soll vor allem mit dem federführenden Ausschuß für Familien- und Jugendfragen zusammenarbeiten.

★

Der Wirtschaftsausschuß des Bundestages hat die Beratungen des Entwurfs für das neue **Eich- und Meßgesetz** abgeschlossen; ebenso hat der Rechtsausschuß die Novelle zum Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb abschließend beraten. Beide für die Wirtschaft wichtigen Vorlagen werden in der 2. Märzhälfte vom Bundestag verabschiedet werden.

★

Nachdem das **2. Steueränderungsgesetz** mit umfangreichen Stellungnahmen des Bundesrates vor zwei Wochen im Plenum des Bundesrates behandelt wurde, rechnet man damit, daß die Bundesregierung das Gesetz mit ihren Stellungnahmen bereits in der kommenden Woche an den Bundestag weitergeben wird.

★

Beim **Weingesetz** hat der federführende Gesundheitsausschuß Vorschläge des CDU/CSU-Mittelstandskreises gebilligt, auf eine Ausdehnung der Mindestlagerstufen bei Qualitätsbrandwein zu verzichten. Die jetzt beschlossene Fassung entspricht dem Schutz der Verbraucher und ebenso der wettbewerblichen Situation der deutschen Weinbrenner gegenüber den ausländischen Konkurrenten.

★

Von den **11 Tagungswochen** bis Anfang Juli stehen nur noch 6 für Ausschußberatungen zur Verfügung. Eine Tagungswoche fällt wegen der Bundesversammlung Anfang März in Berlin aus; während der zwei Tagungswochen für die 2. und 3. Lesung des Haushalts im Bundestag sollen keine Ausschüsse tagen und die letzten zwei Tagungswochen fallen praktisch weg, weil der Bundestag dann nur noch von den Ausschüssen schon abgeschlossene Vorlagen beraten kann.

## Wirtschaftspolitik

# „Wie das Gesetz es befiehlt“

**Unsere Wirtschaft steht erneut vor einer Hochkonjunktur. Es kommt jetzt darauf an, in enger Zusammenarbeit mit der Bundesbank Maßnahmen vorzubereiten, um den übersteigerten Aufschwung zu bremsen. Der Bundeswirtschaftsminister sollte deshalb in der neuen Runde der „Konzertierten Aktion“ das Stabilitätsgesetz anwenden, damit ungesunde Auswüchse verhindert werden.**

Der jüngste Monatsbericht der Deutschen Bundesbank läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Er stellt zugleich eine eindringliche Mahnung an „die wirtschaftspolitischen Instanzen“ dar, sich in der gegenwärtigen Phase der Hochkonjunktur der „Gefahren für das binnenwirtschaftliche Gleichgewicht und damit für die Preisstabilität“ bewußt zu werden.

Es wird darauf verwiesen, daß der **Lebenshaltungskostenindex, der für Januar eine Steigerung von 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat ausweist**, ohne Nahrungsmittel bereits einen durchschnittlichen Preisanstieg von 2,6 Prozent anzeigt, also jetzt bereits über die im Jahreswirtschaftsbericht angepeilte Marke von zwei Prozent hinausgeht.

Zieht man in diese Rechnung die geplanten, aber noch nicht durchgeführten Tarifierhebungen und den Lohndrift bei nun vorhandener Vollbeschäftigung, die teilweise in den Ballungszentren schon eine Überbeschäftigung ist, ein, so wird rasch klar, daß vermehrte Kaufkraft, höhere Inlandsnachfrage, wachsende Investition der Wirtschaft in allen Bereichen, kräftiges Exportwachstum

(wenn auch durch die Quasi-Aufwertung etwas verlangsamt) und höhere öffentliche Ausgaben den spürbaren Preisanstieg nicht bremsen, sondern stark beschleunigen werden. Die Hochkonjunktur, vor der die deutsche Wirtschaft erneut steht, hat ihre eigenen Gesetze. Sie läßt sich nicht in sorgfältig geschätzten Zielprojektionen einfangen, wie dies das Aufschwungjahr 1968 bereits deutlich gemacht hat.

**Der Zeitpunkt ist nicht fern, an dem die Instrumente des Stabilitätsgesetzes jetzt erstmalig mit Bremsungseffekt zum Einsatz gebracht werden müssen.** Dies ist — besonders in einem Wahljahr — viel schwieriger, als der umgekehrte Fall der Auslösung der Konjunkturbelebung, wenn der Staat die „Spenderhosen“ anzieht, um mit der „deficit spending policy“ Anreize zu geben und Initiativen zu wecken. Jetzt muß sich die Wirtschaftspolitik bewähren und in enger Kooperation mit der Bundesbank die notwendigen Maßnahmen vorbereiten, um langsam, aber stetig die Übertreibung des Aufschwungs zu bremsen.

Das bedeutet Abschied nehmen von zusätzlichen allgemeinen öffent-

lichen Strukturprogrammen, konsequentes Versagen von Wahlgewinnen, aber auch Verzicht auf zusätzliche kostensteigernde Belastungen der Wirtschaft, die trotz des scharfen Wettbewerbs „in die Preise gehen“ müssen. Zugleich muß erneut einer lang andauernden außenwirtschaftlichen Absicherung größte Aufmerksamkeit gewidmet werden, zumal in den meisten ausländischen Partnerstaaten der Preisanstieg noch größer ist und damit unsere Exporte ziemlich ungeschwächt weiter wachsen werden.

Die Bundesregierung wird sich erneut sehr ernsthaft die Frage stellen müssen, ob wirklich alle Möglichkeiten einer internationalen Koordination ausgeschöpft worden sind; denn der 31. März 1970 und damit der Ablauf des Absicherungsgesetzes kommen bestimmt.

Was soll dann geschehen? Außenhandelsgeschäfte sind langfristige Geschäfte; sie bedürfen einer sicheren Rechtsgrundlage, die zeitgerecht vorher geschaffen werden muß. Der neue Bundestag wird kaum in der Lage sein, kurz nach seiner Konstituierung eine so grundsätzliche Frage in Ruhe zu prüfen. Auf jeden Fall sollte das deutsche Parlament nicht noch einmal in eine solche zeitliche Zwangslage gebracht werden wie im November 1968. Ein zweites Mal wird der Bundestag sich nicht unter Zeitdruck setzen lassen.

**Dies alles sollte Bundeswirtschaftsminister Professor Schiller sehen und prüfen, wenn er am 28. Februar eine weitere Runde der sogenannten „Konzertierten Aktion“ durchführt. Im Vordergrund aller Bemühungen muß die „Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ stehen, wie das Gesetz es befiehlt. Nunmehr kommt es darauf an, das Stabilitätsgesetz rechtzeitig anzuwenden.**

Dr. Göke D. Frerichs, MdP

## Deutsch-englische Übereinstimmung

**Die politischen Beziehungen der Bundesrepublik und Großbritanniens werden sich nach dem Besuch des englischen Premierministers Wilson noch enger gestalten. Beide Länder sind, dies kam bei den Gesprächen zum Ausdruck, durch gemeinsame Interessen und Ziele fest miteinander verbunden.**

Der Bundestagsabgeordnete Majonica erklärte zu dem Meinungsaustausch, den Bundeskanzler Kiesinger mit dem englischen Regierungschef führte:

Der erneute Besuch des britischen Premierministers Harold Wilson in der Bundesrepublik, der am vergangenen Wochenende in der deutschen Hauptstadt seinen Abschluß fand, hat wiederum Gelegenheit geboten, einen freundschaftlichen und ausgiebigen Meinungsaustausch sowohl über die

aktuellen europäischen und weltpolitischen Probleme wie über die bilateralen Fragen zu führen.

**Die Gesprächspartner haben ihrer Überzeugung deutlichen Ausdruck gegeben, daß Deutschland und Großbritannien durch gemeinsame Interessen und gemeinsame Ziele und vor allem durch die bewährte Partnerschaft im atlantischen Verteidigungsbündnis eng miteinander verbunden sind und bleiben werden.**

Sie haben darüber hinaus ihre Entschlossenheit bekräftigt, diesen gemeinsamen Weg weiter zu gehen und zusammen die Einheit Europas anzustreben. Die Bundesregierung hat dabei ihre unverändert fortbestehende Bereitschaft betont, den Antrag Großbritanniens auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften auch weiterhin zu unterstützen und zu fördern.

Beide Regierungen wollen gemeinsam mit anderen europäischen

Staaten nach Möglichkeiten suchen, die der politischen Einheit Europas die notwendiger denn je ist, neue Impulse geben können. Sie haben ferner nachdrücklich unterstrichen, daß ihre Sicherheit vom atlantischen Bündnis abhängt und daß daher diese Allianz nicht nur fortbestehen, sondern noch gestärkt werden muß.

Zum Abschluß der Gespräche wurde am 13. Februar 1969 eine gemeinsame Erklärung des britischen Premierministers und des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht, in der es u. a. heißt:

Wir sind davon überzeugt, daß unsere Länder durch gemeinsame Interessen und gemeinsame Ziele vor allem die Einheit und Sicherheit Europas, verbunden sind. Deshalb bekräftigen wir unsere Entschlossenheit, als Partner zusammen weiterzugehen. Die Sicherheit und die Wohlfahrt Europas fordern die Einheit. Nur vereint kann Europa seinen rechtmäßigen und wohlverdienten Einfluß in der Welt geltend machen. Für unsere beiden Länder ist ein vereintes Europa ohne Großbritannien undenkbar.

## Bundeswehr

# Weißbuch zur Verteidigungspolitik

Das von der Bundesregierung jetzt vorgelegte Weißbuch zur Verteidigungspolitik soll die Öffentlichkeit im In- und Ausland mit dem Stand und den Aufgaben unserer militärischen Verteidigungsanstrengungen und mit den Zielen der Verteidigungspolitik bekanntmachen. Es ist das erste deutsche Verteidigungsweißbuch.

Verteidigungsminister Dr. Gerhard Schröder hat mit dem Weißbuch ein Dokument vorgelegt, in dem allgemein verständlich die Problematik unserer Sicherheitspolitik erläutert ist, die auf der Zugehörigkeit zum nordatlantischen Bündnis basiert und im Rahmen der westlichen Politik der Friedenserhaltung dient. Von besonderem Interesse sind die einzelnen Kapitel über die Teilstreitkräfte und die innere Lage der Bundeswehr. Entsprechend ihrer besonderen Bedeutung wurde der Rüstungswirtschaft und der Wehrtechnik ein besonderer Abschnitt gewidmet. Auch der Haushaltsplanung kommt in einer Zeit, in der die Entwicklung neuer Waffensysteme und ihre Einführung zehn und mehr Jahre dauern, eine besondere Bedeutung zu.

Verteidigungspolitik ist jetzt kein Metier mehr für besonders Eingeweihte, sondern jeder kann sich an Hand dieses Weißbuches mit unserer Verteidigungspolitik und ihren Schwierigkeiten vertraut machen. Das scheint mit dem Bedeutungsvollste an diesem ersten Weißbuch der Bundesregierung zur Verteidigungspolitik zu sein.

Im Anschluß an die Grundlagen über die deutsche Verteidigungspolitik geht das Weißbuch auf die Möglichkeiten und das Potential des Warschauer Paktes ein. Der Hinweis auf 100 modern ausgerüstete Divisionen mit etwa 30 000 Panzern und 2000 Angriffsflugzeugen sowie 380 Kampf- und Landungsschiffen in der Ostsee, macht deutlich, mit welcher einem potentiellen Gegner die NATO und damit auch die Bundesrepublik es zu tun haben. Die Präzision im Einsatz wurde durch das Beispiel CSSR erhärtet. In diesem Zusammenhang darf auch die Aktivität der Sowjets auf den Meeren sowohl im Nordatlantik wie im Mittelmeer nicht unberücksichtigt bleiben.

## Angemessene Reaktion

Ein Vergleich der politischen Lage in den Anrainerstaaten des Mittelmeeres heute und vor der Suezkrise im Jahre 1956 ergibt zudem, daß sich die militärpolitische Situation seit dieser Zeit in Süd-, Mittel- und Nordeuropa für uns wesentlich verschlechtert hat. Die an kontinentales Denken gewöhnten Deutschen auf diese Situation hingewiesen zu haben, ist ein Verdienst des Weißbuches.

Die Strategie des Bündnisses wird erläutert. Es wird das Prinzip

der angemessenen Reaktion gegenübergestellt. Letzteres trägt dem begrenzten Krieg als der wahrscheinlicheren Form einer Auseinandersetzung am ehesten Rechnung. Sicher dient das Prinzip der angemessenen Reaktion der Krisensteuerung.

Besonderes Augenmerk wurde im Weißbuch dem Personalbestand der Bundeswehr gewidmet. Die Bundeswehr kann ihre Aufgabe im Bündnis nicht erfüllen, wenn sie keine gesunde Personalstruktur erhält. Das Verhältnis der länger dienenden Soldaten zu den Wehrpflichtigen ist außerordentlich ungünstig. **Die Bundeswehr kann mit noch so guten Waffen, in noch so großer Zahl ausgerüstet werden, wenn das Personal nicht vorhanden ist, diese modernen und komplizierten Waffensysteme zu bedienen und instand zu setzen, nützen alle diese Maßnahmen nichts.**

Bundestag und Bundesregierung haben zwar eine Reihe von Sofortmaßnahmen, die einer Verbesserung der Personalstruktur dienen, durchgeführt und eingeleitet. Es sind dies die Wiedereinführung der Besoldung für Soldaten, die sich auf zwei Jahre verpflichten, von Anfang an. Einführung der Laufbahn des Fachoffiziers, Einführung einer Laufbahn für Strahlflugzeugführer, Sicherung der Soldaten, die zwölf und mehr

Dienstjahre bei der Bundeswehr dienen, durch Gewährung eines Anspruchs auf Übernahme in den öffentlichen Dienst unter Wahrung des Besitzstandes, strukturelle Besoldungsverbesserungen.

Eines der wichtigsten Probleme ist das Wohnungsproblem für die verheirateten Soldaten. Wenn hier nicht alsbald eine Neuerung eingeleitet wird, sei es, daß die Wohnungsbeschaffung für die Bundeswehr in die eigene Zuständigkeit der Bundeswehrverwaltung übergeht oder daß für die Bundeswehr Sondervorschriften erlassen werden, werden alle anderen punktuellen Maßnahmen im Sande verlaufen. Im Rahmen der Laufbahnovellierung muß auf die Einführung der Unteroffizieranwärter nachdrücklich Wert gelegt werden.

## Wehrgerechtigkeit und Ersatzdienst

Ein besonderer Abschnitt wird auch der Frage der Wehrgerechtigkeit, der Kriegsdienstverweigerung und dem Ersatzdienst gewidmet. Dieser Fragenkreis drängt auf eine politische Lösung. Eine absolute Wehrgerechtigkeit gibt es nicht. Die von der Bundesregierung vorgesehene feste und variable Umfangszahl für die Bundeswehr wird jedoch die Lösung dieses Problems erleichtern. Denn dies bedeutet, daß künftig mehr Wehrpflichtige herangezogen werden. Die Wehrgerechtigkeit wird nicht durch eine Vergünstigung für die Dienenden herbeigeführt, sondern durch eine möglichst hohe Einberufungsquote. Sicher wird es notwendig sein, für die Dienenden entstehende Benachteiligungen im Beruf und im Studium abzubauen. Denn wenn der Staat die Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflicht, Wehrdienst zu leisten, verlangt, dann hat der Staat auch dafür zu sorgen, daß dem einzelnen nicht dafür zusätzliche Nachteile entstehen.

## Es darf keine Nachteile geben

Das bedeutet, daß der Gediente nach Ableistung seines Wehrdienstes unverzüglich das von ihm angestrebte Studium aufnehmen kann, daß er bevorzugt in die Wirtschaft eingegliedert wird, daß ihm die Dienstzeit auch im öffentlichen Dienst als Dienstzeit anerkannt wird und daß der Wehrpflichtige während seines Dienstes im Falle einer Wehrdienstbeschädigung sowohl für sich als auch für seine nächsten Verwandten eine ausreichende Versorgung erwarten kann.

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung soll und muß erhalten bleiben. Es geht aber nicht an, daß einige der Gruppen, die die Kriegsdienstverweigerung propagieren, die Wehrpflichtigen zu veranlassen versuchen, den Antrag aus rein egoistischen Gründen zu stellen. Das Weißbuch fordert in diesem Zusammenhang mit Recht, daß der Ersatzdienst organisatorisch umgestaltet werden muß mit dem Ziel, den Ersatzdienst auf andere Bereiche auszuweiten. Jeder Ersatzdienstpflichtige soll die Möglichkeit haben, seinen Ersatzdienst abzuleisten.

Der Abschnitt über die Bundeswehrverwaltung ist im Weißbuch etwas kurz geraten. Gerade sie hat aber bei der Durchführung und Planung der von den Soldaten zu erfüllenden Aufgaben besondere Funktionen, deren Darstellung einem künftigen Weißbuch vorbehalten sein soll.

## Keine Rüstungsautarkie

Im Abschnitt Rüstungswirtschaft betont das Weißbuch die Notwendigkeit der Konzentration auf dem Luft- und Raumfahrtsektor sowie die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit im Bündnis. Es wird auch künftig in der Bundesrepublik keine Rüstungsautarkie geben. Im Rahmen der Möglichkeiten wird jedoch die Bundesregierung zur Hebung des technologischen Standes unserer Industrie beitragen.

## PERSONALIEN

**Kai Uwe von Hassel**, Bundestagspräsident, änderte das Zeremoniell der Plenarsitzungen. Der Ruf: „Der Präsident“, der unter seinem Vorgänger nach dem Gongschlag ertönte, fehlt von jetzt an beim Auftritt des Bundestagspräsidenten.

**Werner Althammer**, CSU-Bundestagsabgeordneter, wird als Nachfolger des zum Bundesvertriebenenminister ernannten CDU-Abgeordneten Heinrich Windelen neuer Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Haushaltsausschuß des Bundestages.

**Bruno Brandes**, Vorsitzender der CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag, wird sich um ein Mandat im Bundestag bewerben. Er wolle, so erklärte Brandes, für seine Person den Anfang mit einer größeren personalpolitischen Mobilität machen.

**Walther Leisler Kiep**, Bundestagsabgeordneter aus Bad Homburg war als ein Sprecher der jungen Abgeordneten, die sich für eine Parlamentsreform einsetzen, Gesprächspartner des neuen Bundestagspräsidenten Kai-Uwe von Hassel bei einem Meinungsaustausch, in dem es um diese Fragen ging.

**Rolf Bremer**, Bundestagsabgeordneter aus Schleswig-Holstein, unterrichtete die CDU seines Landes von dem Beschluß des Haushaltsausschusses im Bundestag, 30 Millionen DM für den Beginn des Deichbaues in der Meldorfer Bucht zu bewilligen.

Auf große Fahrt geht **Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß**: Vom 12. bis 16. März ist er in Persien. Zuvor reist Strauß nach Libyen, wo er u. a. die Messe in Tripolis am „Deutschen Tag“ besuchen wird.

**Franz Schapfel**, Mitglied des Landesvorstandes der Sozialausschüsse Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer in Hessen, ist zum stellvertretenden DGB-Landesbezirksvorsitzenden von Rheinland-Pfalz gewählt worden. Schapfel, der der CDU angehört, war mehrere Jahre lang Betriebsratsmitglied der Farbwerke in Frankfurt am Main-Höchst, bevor er vor einiger Zeit Sekretär der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik wurde.

**Kurt Georg Kiesinger**, Bundeskanzler, wurden am Rosenmontag in Rottweil von einem als „Schantle“ verkleideten Narren die Leviten gelesen. Er entpuppte sich schließlich als CDU-Generalsekretär Bruno Heck.

**Jochen Lengemann**, Kassel, wurde auf dem Kreisparteitag der CDU erneut in das Amt des Vorsitzenden gewählt, das er seit 1966 bereits innehat.

# AKTUELL

Das Allensbacher Institut hat eine Umfrage über „Vorstellungen der Bevölkerung über den idealen Bundestagsabgeordneten“ ausgewertet.

Dabei wurde insbesondere gefragt, wie ein Abgeordneter sein sollte, dem man seine Stimme geben würde. Von dem Ergebnis sind insbesondere die „Wirtschaftler“ unter den Parlamentariern enttäuscht. Keiner der rund fünfzig in den Antworten genannten Eigenschaften, die ein Abgeordneter haben sollte, bezieht sich auf die Wirtschaft oder damit bestehende Zusammenhänge. Gewünscht werden Abgeordnete, die

- weltgewandt sind (insgesamt 72 Prozent), die

- finanziell unabhängig, erfolgreich, sozial eingestellt und pflichtbewußt sind (je 71 Prozent).

- 37 Prozent der Befragten sind für „jemand, der sich besonders um die Interessen der Arbeiter kümmert“ und

- 26 Prozent möchten „jemand, der die Sorgen der Landwirtschaft kennt“.

## Öffentlichkeitsarbeit

# Informationen besser als Geheimniskrämerei

**Journalisten wollen informiert werden. Sie leben von Neuigkeiten. Deshalb empfiehlt es sich nicht, ihnen gegenüber eine Art Geheimniskrämerei zu betreiben. Sie beziehen sonst ihre Informationen von anderer Stelle und sind unserem Einfluß entzogen. Wie man durch die Journalisten die Öffentlichkeit anspricht, wird in dieser Fortsetzung unseres Presseleitfadens behandelt.**

**Korrektur** = Vergleich des Maschinensatzes mit dem Manuskript durch Korrektoren.

**Rotation** = Maschine, auf der die Zeitungen gedruckt werden.

**Nachrichtendienste – Agenturen:**

**dpa** = Deutsche Presseagentur

**UPI** = United Press International \*)

**AP** = Associated Press \*)

**VWD** = Vereinigte Wirtschaftsdienste

**DIMITAG (dmt)** = Dienst mittlerer Tageszeitungen

**epd** = Evangelischer Pressedienst

**KNA** = Katholischer Nachrichtenagentur

**Eigenberichte** werden von den Zeitungen ausgezeichnet, wenn es sich um den Bericht eigener Kor-

\*) beides Agenturen (amerik.) mit weltweiter Verbreitung.

respondenten und Mitarbeiter handelt, z. B. aus Bonn, Berlin, Paris, London usw.

Es gibt drei Arten von Informationen an die Presse:

- **offizielle Erklärungen** und Mitteilungen, die unter voller Angabe der Quelle (CDU-Vorstand erklärt, MdB teilte mit) veröffentlicht werden;

- **Mitteilungen** an Journalisten, die veröffentlicht werden können oder sogar sollen, jedoch ohne Quellenangabe;

- **vertrauliche Informationen**, die nicht oder noch nicht zur Veröffentlichung geeignet sein können, um

## Sachlich und knapp

Wer die Presse informieren will, muß natürlich selbst informiert sein. Es ist unerlässlich, daß jedem Kreisvorstand ein Pressereferent zur Seite steht, der in der Pressearbeit den Kreisgeschäftsführer entlastet. Bei den Sitzungen und Besprechungen des Geschäftsführenden Kreisvorstandes sollte der Pressereferent mit beratender Stimme teilnehmen, soweit er nicht Mitglied des Vorstandes ist. Selbstverständlich ist

Hintergründe bzw. Zusammenhänge zu verstehen, deren Verständnis in unserem Interesse liegt.

Nach den allgemeinen „Spielregeln“ haben Journalisten das Recht, Erklärungen oder Mitteilungen, die ohne Einschränkung abgegeben werden, vollinhaltlich mit Quellenangaben zu veröffentlichen.

**Ist eine Einschränkung erforderlich, so muß der Auskunftgebende ausdrücklich darauf hinweisen.**

Bei Gesprächen über delikate Probleme empfiehlt es sich, zum Schluß noch einmal mit dem Journalisten gemeinsam durchzusprechen, was und wie das Gesagte veröffentlicht werden kann. Das erspart unter Umständen Ärger!

Andererseits sollte man immer davon ausgehen, daß eine umfassende Information besser ist als Geheimniskrämerei, weil sich die Journalisten die Informationen sonst hintenherum besorgen und die Veröffentlichung dann unserem Einfluß entzogen ist. Bei ausgesprochenen gegnerischen Journalisten muß man natürlich vorsichtig sein.

der Pressereferent an die Weisungen des Kreisvorstandes gebunden.

Mitteilungen und Erklärungen für die Presse müssen sachlich und knapp gehalten sein. Das Wichtigste und Interessanteste muß gleich im ersten Satz stehen, und auch die Überschrift sollte bereits darauf hinweisen. Also nicht: „Erklärung der CDU zur Verkehrslage“, sondern: „CDU fordert neue Umgehungsstraße“. Langatmige Mitteilungen und Erklärungen werden von den Redakteuren ohnehin gekürzt, und dabei können in der Hast der Zeitungsarbeit oder – weil der Redakteur die Bedeutung nicht erkennt – auch Passagen wegfallen, auf die wir gerade besonderen Wert legen

**Alle Zeitungen am Ort sollten offizielle Erklärungen zu gleicher Zeit erhalten. Auch den Redaktionsschluß sollte man kennen und peinlich einhalten. Am Donnerstag und Freitag sowie am Sonntag wird der Redaktionsschluß aufgrund der umfangreicheren Ausgaben bzw. der ausführlichen Sportberichterstattung früher sein als an den anderen Werktagen.**

Schriftlich formulierte Erklärungen können oft mit mündlichen Erläuterungen ergänzt werden, z. B. durch einen Anruf. Falls eine wichtige Erklärung kurz vor dem Redaktionsschluß vorbereitet wird, es für uns aber darauf ankommt, daß sie in der nächsten Ausgabe der Zeitungen steht, sollte den Redaktionen diese Erklärung kurz telefonisch angekündigt werden, damit sie sich darauf einrichten können.

Pressekonferenzen müssen sehr sorgfältig vorbereitet werden; alle offiziellen Erklärungen, die dort abgegeben werden, sollten für jeden Journalisten möglichst auch schriftlich vorliegen, desgleichen Dokumente usw., die auf der Pressekonferenz herangezogen werden.

## Fernsehen, Funk, Film

Mittel- oder gar langfristig planen nicht nur die Finanzpolitiker, auch in den Rundfunkanstalten wird der überwiegende Teil des Programms auf längere Sicht vorbereitet. Deshalb haben ARD und ZDF bereits jetzt die Einzelheiten für die Berichterstattung über die Bundestagswahl festgelegt. Beide Programme wollen es diesmal anders machen als 1965. Die ARD will auf füllende Unterhaltung verzichten, den Kreis der zu interviewenden Politiker vergrößern und überhaupt ihre Fernsehreporter mehr „auf die Straße“ und „in die Kneipen“ schicken, um dort die Stimmung einzufangen. Beim ZDF wird es keine Neuauflage der „Wahlparty“ geben. Dafür soll ein aus Information und Unterhaltung gemischtes Programm geboten werden, in dem die Politik den Vorrang haben wird.

Die ARD-Wahlsendung – sie wird insgesamt sechs Stunden dauern – wird von Franz Wördemann (Chefredakteur des WDR-Fernsehens) und Hans Joachim Reiche (Chefredakteur der Tagesschau) geleitet und von Dieter Gütt moderiert. Kommentatoren-Namen wie Dietrich Schwarzkopf, Johannes Gross, Klaus Bölling und Heinz Werner Hübner bürgen dafür, daß ein sehr farbiges Meinungsspektrum entstehen wird. Aus dem Bundeshaus werden sich Günter Muggenburg und Friedrich Nowotny melden. Die neuesten Nachrichten aus den Parteizentralen werden Dr. Dieter Göbel (CDU-Bundesgeschäftsstelle), Claus-Hinrich Casdorff (FDP-Bundesgeschäftsstelle) und Peter Merseburger (SPD-Bundesvorstand) übermitteln. Alle drei sind von den

politischen Magazinen bekannt: Dr. Göbel als Chef der Redaktion von „Report Baden-Baden“, Casdorff als Moderator von „Monitor“ und Merseburger als nicht immer unumstrittener Leiter von „Panorama“. Die Devise der ARD ist es, soviel Informationen wie möglich zu bieten und sie so attraktiv wie möglich für den Zuschauer aufzubereiten.

Mainz bietet dazu also ein Kontrastprogramm mit drei großen Unterhaltungsböcken: eine Starparade mit Marianne Koch, eine zweite Sendung unter dem Arbeitstitel „Menschen, Tiere, Sensationen“ und im dritten Abschnitt live aus München den „Night-Club“ mit dem neuen Moderator Karlheinz Hollmann. In diese drei Unterhaltungsböcke werden die politischen Informationen eingebaut. Das ZDF-Rechenzentrum wird wie bisher unter der bewährten Leitung von Prof. Rudolf Wildenmann stehen. Natürlich wird auch das ZDF seine Redakteure und Reporter aus den Zentralen der großen Parteien, aus den Landeshauptstädten und aus den wichtigsten Hauptstädten der westlichen Welt berichten lassen. Auch im Bundeshaus und „auf der Straße“ werden ZDF-Kameras die Stimmung der Wähler einfangen. Die bisherigen Planungen beider Programme lassen erkennen, daß ihre Verantwortlichen bemüht sind, die Wahlberichterstattung so attraktiv wie möglich zu gestalten. Wer wird diesmal die erste Hochrechnung, das erste vom Computer errechnete vorläufige Ergebnis also, vorlegen? Wie man hört, wird es dabei zu einem edlen Wettstreit zwischen ARD und ZDF kommen.

—dz—

Fortsetzung folgt

## Wehrpflicht

# Die Schlagkraft muß erhalten bleiben

**Können wir die Grundwehrdienstzeit herabsetzen, ohne die Schlagkraft der Bundeswehr zu schwächen und unsere Sicherheit zu gefährden? Mit dieser Frage setzt sich der Verteidigungsexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Josef Rommerskirchen, auseinander, der in dem folgenden Beitrag zu dem Ergebnis kommt, daß die 18monatige Wehrpflicht nicht gekürzt werden darf.**

Die Frage nach der Grundwehrdienstzeit ist nur in den großen Zusammenhängen zu beantworten. Da ist zunächst das gültige Verteidigungskonzept zu beachten. Es ist gekennzeichnet von den Doktrinen „Präsenzstrategie“ mit Abschreckungs- und Krisenbeherrschungseffekt und „Angemessene Entgegnung“ unter Berücksichtigung des Prinzips der Vorne-Verteidigung. Wer dieses Konzept für schlüssig hält, kann den Abschreckungs- und Verteidigungswert nur in einem entsprechenden Potential sofort einsatzbereiter, höchst beweglicher und aufeinander eingespielter Großverbände sehen.

Der Wert eines ergänzenden Milizsystems zur Erfüllung von Aufgaben, die sich in regionaler wie sachlicher Hinsicht sektoral stellen könnten und wohl auch würden, ist damit nicht unterschätzt. Gewiß ist aber den Kräften Vorrang zuzuerkennen, die konzentrierte Angriffshandlungen zu eliminieren haben. Das entsprechende Ausbildungsziel ist die Kampfgruppe verbundener Waffen und demgemäß auch der im notwendigen Zusammenwirken geübte Soldat.

Mit dem Gesagten ist auch der Umfang der Ausbildungskapazität angedeutet, die sich aus Personal, Einheiten und Einrichtungen zusammensetzt. Bei einer Straffung des ganzen Ausbildungsganges und einem schnelleren Durchlauf, der z. B. die Folge einer verkürzten Wehrdienstzeit wäre, müßte diese Kapazität erheblich vergrößert werden. **Wie das bei dem derzeitigen Personalstand der Bundeswehr mit dem bedauerlich großen Fehlbestand an Offizieren und Unteroffizieren, also an längerdienenden Soldaten, geschehen soll, ist mir unerklärlich.**

Wesentlich aber ist es wohl, daß bei einer Verkürzung der Wehrdienstzeit die Verfügbarkeit voll ausgebildeter Soldaten und damit die jederzeitige Einsatzbereitschaft größerer Kampfverbände mit einem entsprechend hohen Übungsstand und entsprechender Tages-Antrittstärke erheblich eingeschränkt wäre. Das aber würde im Hinblick auf die erwähnte „Präsenzstrategie“, sofern wir nicht anderen Verbündeten die Ausgleichsleistung zumuten wollen, eine folgenschwere Abschwächung bedeuten.

**Der Ersatz mit Kurzdienenden oder mit Reservisten durch ein sog. Milizsystem würde nach fachmännischem Urteil keinen gleichwertigen Ausgleich schaffen.**

Schwerwiegender jedoch, ähnlich dem Problem, das sich mit der Forderung nach der Verwirklichung des Prinzips der Präsenzstrategie ergibt, ist die bündnispolitische Situation. Wenn sich innerhalb der Allianz das Verhältnis der Partner zum Ganzen wie untereinander nach dem Prinzip kommunizierender Röhren bestimmt, d. h. die Leistung des einen sich nach der des anderen ausrichtet, liegen die Folgen einer einseitigen deutschen Leistungseinschränkung auf der Hand.

Wenn unsere Partner sich dementsprechend gerade auch nach unseren Anstrengungen zur Erhaltung der freiheitlichen Rechtsordnung ausrichten, sollte das niemanden verwundern.

**In Anbetracht dessen verbietet sich zur Zeit eine Kürzung der Grundwehrdienstzeit, weil andere qualitative Änderungen die damit**

**verbundenen Erschwernisse nicht wettzumachen vermögen.**

Die CDU/CSU-Fraktion hat, als sie zusammen mit der SPD-Fraktion den FDP-Antrag, die Wehrdienstzeit von 18 auf 12 Monate herabzusetzen, im wesentlichen aus den genannten Gründen ablehnte, ausdrücklich erklärt, daß sie das Ziel des sog. gleitenden Grundwehrdienstes weiter verfolge. Damit war es ihr ebenso ernst wie mit der Erörterung anderer Organisationsformen, z. B. des sog. gespaltenen oder des sog. gestaffelten Grundwehrdienstes. Mit der Bezeichnung „gleitender Wehrdienst“ ist eine Regelung gemeint, die eine bestimmte Dauer des Wehrdienstes für alle Wehrpflichtigen festlegt, innerhalb derer allerdings die Regierung je nach Lage ermächtigt wäre, wiederum für alle die Grundwehrdienstzeit zu Lasten nachfolgender Reserveübungen abzukürzen.

Die Bezeichnung „gespaltenen Wehrdienst“ besagt, daß bestimmte Kontingente von Wehrpflichtigen ihren Grundwehrdienst mit zeitlichen Unterbrechungen ableisten. „Gestaffelter Wehrdienst“ ist demgegenüber die Form, die einige Armeen praktizieren, in denen die Wehrpflichtigen einen unterschiedlich langen Wehrdienst leisten müssen, z. B. als Angehörige bestimmter Teilstreitkräfte (etwa Luftwaffe und Marine gegenüber dem Heer) oder in Spezialverbänden (etwa hochtechnisierte Kampfverbände gegenüber Versorgungstruppen).

## 2,8 Millionen Arbeitsunfälle

**Die Bundesregierung hat dem Bundestag kürzlich den dritten Unfallverhütungsbericht vorgelegt. Der Bericht schildert die Unfallverhütung und das Unfallgeschehen in der Bundesrepublik im Jahre 1966.**

Eindrucksvolle Zahlen der Arbeitsunfälle, ihrer Kosten und der Maßnahmen zu ihrer Verhütung zeigen, welche Bedeutung die Unfallverhütung hat. Nicht ohne Grund läßt sich der Bundestag hierüber so umfassend berichten. Wenn dies erst jetzt für 1966 geschieht, so sind dafür technische Gründe maßgebend.

Das wichtigste Ergebnis ist wohl, daß die Zahl der Arbeitsunfälle 1966 weiter, und zwar noch stärker als 1965, zurückging. Insgesamt wurden rund 2,8 Millionen Arbeitsunfälle angezeigt; das waren 130 000 oder 4,4 Prozent weniger als im Jahr zuvor. 240 000 Unfälle ereigneten sich auf dem Wege zur oder von der Arbeit. Außerdem wurden 26 000 Fälle von Berufskrankheiten angezeigt. Rückläufig war auch die Unfallhäufigkeit. Die Zahl der tödlichen Unfälle stieg jedoch, wenn auch geringfügig, von 6865 im Jahre 1965 auf 7006 im Jahre 1966. Am stärksten nahm die Zahl der tödlichen Wegeunfälle zu (6,3 Prozent).

Nach Altersgruppen waren die 20- bis 35jährigen am stärksten an den

Unfällen beteiligt, gefolgt von der Gruppe der 35- bis 50jährigen. Nach wie vor geschahen die meisten Unfälle am Montag, die meisten tödlichen Unfälle kommen am Freitag vor.

Die größten Unfallgefahren liegen bei den Verkehrs- und Transporttätigkeiten. Es folgen die Tätigkeiten von Hand und mit einfachen Geräten. Der Anteil der Unfälle an ruhenden oder sich bewegenden Gegenständen ist gleichfalls recht hoch.

Ein amtlicher Bericht wäre unvollständig, wenn er nicht auch genaue Angaben über die Kosten enthielte. Die Ausgaben der gesetzlichen Unfallversicherung betragen im Berichtsjahr 3,65 Milliarden DM für Leistungen an Versicherte und Hinterbliebene. Für eine Arbeitsstunde waren durchschnittlich 8,4 Pfennig für die Unfallversicherung abzuführen, eine sicher noch erträgliche „Belastung“, wie Fachleute das nennen.

Noch einige bemerkenswerte Zahlen: Für die Unfallversicherung waren 1966 rund 1100 technische Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaften, außerdem 1900 Gewerbeaufsichtsbeamte und fast 240 000 Sicherheitsbeauftragte in 96 000 Unternehmen tätig.

## POLITISCHES LEXIKON

**Föderalismus:** Der staatsrechtliche Begriff leitet sich her vom lateinischen Wort „foedus“, das Bund, auch Bündnis oder Vertrag bedeutet. Im Gegensatz zum Partikularismus, bei dem auf Kosten eines einheitlichen Ganzen die einzelnen Teile mit möglichst weitgehender Souveränität ausgestattet sind, ist es der Sinn des Föderalismus, einzelnes zur Stärkung des Ganzen zusammenzufassen.

So ist auch der föderative Aufbau der Bundesrepublik Deutschland zu verstehen. Er ist im Grundgesetz in den Artikeln 20 bis 37 festgelegt. Während für die elf Länder ein großer Teil der Souveränitätsrechte von der Bundesregierung wahrgenommen wird – wie etwa die Außen- und die Verteidigungspolitik –, ist die Kulturhoheit eines der wesentlichen Rechte, die von den einzelnen Bundesländern ausgeübt werden. Durch den Bundesrat sind die Länder an der Gesetzgebung und an der Verwaltung des Bundes beteiligt und durch den Bundesminister für die Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder sind sie im Bundeskabinett vertreten.

Der in der Bundesrepublik vielfach zu beobachtenden Neigung, unter Föderalismus die Stärkung der Position der Bundesländer zu verstehen, steht die Bedeutung des Begriffes etwa im amerikanischen Sprachgebrauch entgegen.

**WEU (Westeuropäische Union):** Sie ist dasjenige europäische Gremium, durch das Großbritannien den unmittelbaren Kontakt zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften besitzt. Sie basiert auf dem Brüsseler Vertrag vom 17. März 1948. Damals schlossen sich Frankreich, Großbritannien und die Beneluxstaaten als Antwort auf die kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei zu einem Bündnis zusammen, das dann nach dem Ausbruch der Koreakrise durch die sogenannten Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 erweitert wurde. In diesen Verträgen wurde außer der Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland und Italiens in die NATO auch die Aufnahme beider Länder in die WEU geregelt.

Die Partnerstaaten der WEU sind in einem ständigen Rat der sieben Außenminister vertreten; Sitz der Organisation ist London; ihr Zweck besteht in der politischen, militärischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zusammenarbeit.

# BRIEFE

Gibt es eigentlich exakte Zahlen über die Träger der Protestbewegung an den Hochschulen, welche Gruppen gehören zu ihr und was ist über ihre Taktik bekannt?

Peter B., Berlin

**Antwort:** Der als Motor und Kern der studentischen Protestbewegung bezeichnete SDS verfügt über eine Mitgliedschaft von etwa 2500. Für die teilweise die Ziele des SDS unterstützenden Gruppen sind folgende Zahlen bekannt: SHB ca. 2000 Mitglieder, LSD 800, Humanistische Studenten Union 700 Mitglieder. Außer den etwa 60 über die Bundesrepublik verstreuten Republikanischen Clubs unterstützt neuerdings in verstärktem Maße auch der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) die politischen Zielvorstellungen des SDS.

Über Strategie und Taktik des SDS heißt es, die „Antiautoritäten“, die im SDS über die traditionellen Marxisten und Kommunisten die Oberhand gewonnen hätten, hielten die Arbeiterschaft nicht mehr für fähig, Träger einer Revolution zu sein. Diese Aufgabe hätten nunmehr die Studenten und andere Intellektuelle wahrzunehmen. Der SDS legitimiert seine Gewaltanwendung u. a. mit der Behauptung, auf andere Weise könnten Reformen nicht durchgesetzt werden.

Die Führer des SDS wollen eine Reform der Hochschule schon lange nicht mehr, da mit einer reformierten Hochschule eine wesentliche Angriffsfläche wegfallen würde. Sie wollen statt der Reformation die permanente Revolution und fürchten daher den Kompromiß. Deshalb richten sich ihre Angriffe letztlich auch mehr gegen die „linken“ und liberalen Professoren als gegen die „autoritären“ und „reaktionären“. Sie suchen die Konfrontation mit der Staatsgewalt, um diese zur Anwendung von Gegengewalt zu zwingen. Auf diese Weise hoffen sie, den Nachweis zu führen, das „Establishment“ sei autoritär.

## Aus den Vereinigungen

# Stufenplan zur Lehrerbildung

**Der Arbeitskreis Erziehungswissenschaftlicher Hochschulen des Ringes Demokratischer Studenten hat in Köln einen Stufenplan zur Lehrerbildung vorgelegt. Der RCDS geht davon aus, daß die gegenwärtige Lehrerbildung weder den Forderungen nach einer Schule der Zukunft noch den Bedürfnissen der Gesellschaft entspreche.**

Um eine Reform in Richtung auf eine wissenschaftliche Ausbildung aller Lehrer zu initiieren, schlägt der RCDS die folgenden Sofort-Maßnahmen für die Erziehungswissenschaftlichen Hochschulen vor:

■ Aufgabe der Erziehungswissenschaftlichen Hochschulen ist die gemeinsame, mindestens siebensemestrige Ausbildung der Lehrer für Grund-, Haupt- und Realschulen.

■ Das Studium gliedert sich in das erziehungswissenschaftliche

Grundlagenstudium und das auf zwei Disziplinen beschränkte fachwissenschaftliche Studium, das von den entsprechenden Fachdidaktiken begleitet wird.

■ Wo Universität und Pädagogische Hochschulen nebeneinander bestehen, soll sofort die Möglichkeit geschaffen werden, das fachwissenschaftliche Studium an der Universität zu absolvieren. Voraussetzung dafür ist, daß in den Universitäten sofort Lehrstühle für allgemeine Didaktik und für die Fachdidaktiken eingerichtet werden.

■ Eine Zwischenqualifikation weist die allgemeine Befähigung in den Grundwissenschaften nach und ermöglicht eine Korrektur des Studienganges in den Fachwissenschaften.

■ Schul- und Sozialpraktika vertiefen das Studium. Der praxisbezogene Teil der Ausbildung sollte innerhalb eines einjährigen Referendariats erfolgen.

## Gleiche Voraussetzungen

Um Übergangsmöglichkeiten für die Studenten aller Hochschulgattungen mit Lehrerbildung zu ermöglichen, müssen die Eingangsvoraussetzungen gleich sein. Der RCDS betrachtet eine Reform auf der Grundlage dieser Forderungen als Übergangslösung zur Integration der Lehrerbildung in den Universitäten, die in den nächsten fünf Jahren vollzogen sein muß.

Nach Ablauf dieser Zeit muß das Studium aller Lehrer auf folgenden Grundlagen aufbauen:

■ Das Studium aller Lehrer findet in einer Universität oder in einer technischen Universität statt, wo alle Lehrer neben einem erziehungswissenschaftlichen ein fachwissenschaftliches Studium absolvieren müssen.

■ Neben den fachwissenschaftlichen werden fachdidaktische Lehrstühle errichtet, die in ständigem Kontakt mit den Fachwissenschaften stehen und die eigene didaktische Forschung durchführen.

■ Ein Spezialpraktikum, zwei Blockpraktika, Versuche in Übungs-

schulen und ein einjähriges Referendariat stellen den Bezug zur pädagogischen Praxis her.

■ Das in der Regel achtsemestrige Studium wird durch eine Zwischenprüfung gegliedert.

■ Der Studienplan sieht neben dem erziehungswissenschaftlichen Grundlagenstudium ein fachwissenschaftliches Studium in zwei Fächern vor, von denen eines Grundschulpädagogik und -didaktik sein kann. Die Fachdidaktik muß in Stufenschwerpunkten vermittelt werden, die die Entwicklungsstufen des Schülers berücksichtigen.

■ Das erziehungswissenschaftliche Studium kann mit Promotion und Habilitation fortgeführt werden.

## Kein Geld für Rechtsbrecher

Die Junge Union Berlin hat die Beschlüsse des Kuratoriums der Freien Universität Berlin begrüßt, durch die vorerst eine Finanzierung rechtswidriger Aktionen des Allgemeinen Studentenausschusses der Freien Universität und der sogenannten ad-hoc-Gruppen verhindert wird. Der Vorsitzende der Berliner Jungen Union, Jürgen Wohlrabe, MdA, bezeichnete diese Entscheidung als einen ersten Erfolg der ständigen Bemühungen seiner Landesorganisation um die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit auch im Bereich der Universität.

## Kritik an Prof. Schiller

Der neunte westfälische Mittelstandstag der CDU Westfalen-Lippe setzte sich kritisch mit der Politik Bundeswirtschaftsministers Schiller auseinander. Als erstes Ziel des Wahljahres bezeichnete der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung, Egon Lampersbach MdB, eine ausreichende parlamentarische CDU-Mehrheit zu schaffen, um endlich wieder nach den Grundsätzen Erhard'scher Sozialer Marktwirtschaft regieren zu können. Ohne die Fähigkeiten des Bundeswirtschaftsministers schmälern zu wollen, müsse gesagt werden, daß sich am Horizont klar und deutlich die Gefahr des Dirigismus abzeichne.

Zur Frage der Mitbestimmung führte Lampersbach auf, daß es nach seiner Ansicht weniger um Sachfragen, sondern vielmehr um Machtfragen gehe. In den zahlreichen Forderungen für Mitbestimmung sehe die Mittelstandsvereinigung nichts weiter als Enteignung und die Forderung nach Sozialisierung.

Die Mittelstandsvereinigung Westfalen-Lippe hat in der letzten Zeit ihr politisches Gewicht erheblich verstärken können. Ihr gehören mittlerweile 3000 Mitglieder an.

# Hinweise und Termine

## Revolte oder Reform

von Walther Bienert

Im Untertitel dieses Buches heißt es: Ein Christ zur außerparlamentarischen Opposition. Der Autor, der damit den Ausgangspunkt seiner Analyse festlegt, bemüht sich um eine Untersuchung alles dessen, was mit dem Begriff der „APO“ zusammenhängt.

Walther Bienert kommt zu dem Schluß, daß die außerparlamentarische Opposition zwar von den Hochschulen ihren Ausgang genommen habe, ihr aber zu Unrecht der Charakter eines rein studentischen Unternehmens anhängt. (Verlag Hans Reykers, Königsdorf)

## Woche vom 23. 2.—1. 3. 1969

26. 2.	CDU - Bund	Landesgeschäftsführerkonferenz	Eichholz
27./28. 2.	LV Rheinland-Pfalz	Kreisgeschäftsführerkonferenz	Mertesdorf
28. 2.	LV Berlin	Landesausschuß	Berlin
28. 2./1. 3.	CDU - Bund	Kulturkongreß	Bad Godesberg
1. 3.	JU Saar	Landestagung	Köllerbach
1. 3.	JU Berlin	Landeskonferenz	Berlin
1./2. 3.	Sozialausschüsse - Bund	Deutschlandtagung der Jungen Arbeitnehmerschaft	Mainz
Vorschau März 1969			
4. 3.	CDU/CSU	Fraktionssitzung der Bundesversammlung	Berlin
5. 3.		Wahl des Bundespräsidenten	Berlin
6.—8. 3.	CDU NRW	Familienpolitischer Kongreß	Oberhausen

## Aus den Landesverbänden

# Parlament muß reformiert werden

Die CDU in Baden-Württemberg tritt für eine zügige Parlamentsreform ein. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU, Rolf Schöck, kritisierte in diesem Zusammenhang besonders, daß das Parlament kaum mehr seine eigentliche Funktion, die Regierung zu kontrollieren, erfüllen könne.

Schöck sprach sich für eine Parlamentsarbeit aus, die sich an der modernen Leistungsgesellschaft orientiert. Den immer größer werdenden Substanzverlust der Volksvertretung sieht der CDU-Politiker in einer wachsenden Zahl von Individualforderungen.

Um sich des vermehrten Anfalles von Bittschriften, Anfragen und Er-

suchen, die oft das gleiche Thema betreffen, jedoch in vielfältiger „Auf-lage“ auf die Abgeordneten-Schreib-tische aller Fraktionen flatterten, in Zukunft besser erwehren zu können, empfahl Schöck die Einsetzung eines Parlamentsbeauftragten. Eine solche Zentralstelle sei geeignet, die Par-lamentarier wirkungsvoll zu entlasten und ihnen mehr Zeit für ihre eigen-tliche Arbeit zu lassen.

Sprecher aller Fraktionen des Stuttgarter Landtags waren sich einig darüber, daß das Ansehen der Volksvertretung nicht weiter Scha-den nehmen dürfe. Der Landtag bil-ligte gegen die Stimmen der NPD die um rund 240 000 DM erhöhten Zuschüsse für die Arbeit der Frak-tionen.

In einer Aussprache über wirk-same Reformen des Parlaments wur-de auch die Kritik der Jugend er-örtert, die meist nur Zweifel, Miß-trauen und Verachtung für die Arbeit der Volksvertretung übrig habe.

Bedauert wurde ferner von eini-gen Sprechern, daß die Landtage nicht an der Gesetzgebung des Bun-des mitwirken würden. Auch das sei sicher ein Grund für den Gesichts-verlust der Länderparlamente in den Augen der Wähler.

## Jugendarbeit verstärken

Einen Teil der dem Ring Politi-scher Jugend zufließenden Landes-zuschüsse will die CDU in Zukunft den dem RPJ angeschlossenen Jugendorganisationen direkt zu-gute kommen lassen. Bislang er-hielt der RJP 105 000 DM als jäh-lichen Zuschußbetrag, wovon er nach seinem Haushaltsvoranschlag 1968 jährlich 65 000 DM für eine Zeitschrift ausgibt. Die CDU-Frak-tion in Stuttgart hat beantragt, die-sen Zuschußbetrag auf 40 000 DM zu kürzen und dafür den Zuschuß-betrag für die staatsbürgerliche Bildungsarbeit der dem RPJ ange-schlossenen Organisationen von 245 000 auf 310 000 DM zu erhöhen.

## Mandatsgelder für die Partei

Auf einer Mitarbeitertagung der CDU in Niedersachsen in Celle hat der Generalsekretär der niedersäch-sischen CDU, Dieter Haaßengier, einen Plan zur Straffung der Partei-organisation vorgelegt. Einer der wichtigsten Punkte seiner Überle-gungen ist, der Partei durch eine zentrale Abführung von Mandatsgel-dern eine Einnahmequelle zu ver-schaffen.

Die Fachausschüsse, die die Ar-beit des Vorstandes der CDU in Nie-dersachsen unterstützen sollen, sind um zwei weitere ergänzt worden: den kulturpolitischen und den innen-politischen Ausschuß. Dem Ausschuß für Kulturpolitik gehören an: Frau Oberstudienrätin **Ursula Benedix**, MdL, als Vorsitzende, **Dr. Werner Remmers**, MdL, als Leiter des Ar-beitskreises Hochschulen, Frau **Ursula Flick**, MdL, als Leiterin des Arbeitskreises Fachhochschulen, **Dr. Volkmar Koehler** als Leiter des Ar-beitskreises Kunst, Stadtrat **Günter Huckschlag** als Leiter des Arbeits-kreises Katholische Kirche, **Dr. Philipp von Bismarck** als Leiter des Arbeitskreises Evangelische Kirche,

Ministerialdirigent **Dr. Rolf Hauer** als Leiter des Arbeitskreises Schulen. Weiter gehört Staatssekretär **Albert Nouvortne** zum Ausschuß für Kultur-politik.

Der Ausschuß für Innenpolitik setzt sich aus folgenden Mitgliedern zu-sammen: Justizminister **Gustav Bos-selmann** als Vorsitzender des Aus-schusses, **Bruno Schmidt**, MdL, als Leiter des Arbeitskreises Öffentlicher Dienst, Stadtrat **Günter Huckschlag** als Leiter des Arbeitskreises Kom-munalverwaltung, **Heinz Müller-Göt-tingen**, MdL, als Leiter des Arbeits-kreises Gebiets- und Verwaltungs-reform.

Weiter wurde die Bildung eines Arbeitskreises Landesplanung be-schlossen, dessen Leiter in der näch-sten Vorstandssitzung bestimmt wer-den soll.

Die Mitglieder aller Arbeitskreise sollen in der nächsten Vorstands-sitzung bestimmt werden. Dabei wird der Vorstand im wesentlichen die Vorschläge der Arbeitskreisleiter berücksichtigen.

Nachahmenswert erscheint das Vorhaben der Kölner CDU, einen **Kreis von ehemaligen Stadtver-ordneten** zu bilden, deren Rat die jungen Politiker jederzeit er-bitten können. Die CDU verbindet mit diesem Erfahrungsaustausch auch den Zweck, Ärger bei jenen zu vermeiden, die in der Kandi-datenaufstellung nicht berück-sichtigt werden konnten.

★

Einen Antrag zur Frage der **Änderung des Wahlrechts** hat die CDU-Bürgerschaftsfraktion beim Bremer Landesparlament einge-bracht. Das Parlament wird darin aufgefordert, die Landesregie-rung zu ersuchen, in Verhandlun-gen mit dem Bund und den Län-dern zu klären, wann und unter welchen Voraussetzungen das Wahlalter einheitlich auf achtzehn Jahre und das Wählbarkeitsalter auf 23 Jahre herabgesetzt wer-den sollen.

★

Die CSU-Fraktion des bayeri-schen Landtags hat sich für harte Maßnahmen ausgesprochen, mit denen **Gewalttätigkeiten bei stu-dentischen Aktionen** wirksam entgegnet werden sollen.

★

Dr. Niewerth, CDU-Landtags-abgeordneter aus Oldenburg, sprach sich in Hannover für eine wesentliche **Stärkung des nieder-**

## IN KÜRZE

**sächsischen Küstenraumes** aus. Man habe davon auszugehen, daß bei der Verbindung der Küste mit den Ballungsräumen auch die dazwischen liegenden Regionen entscheidend gefördert werden können.

★

**Die Kosten für Schülerfahrten** in Nordrhein-Westfalen sollen ohne Beteiligung der Eltern oder der Gemeinden insgesamt vom Land übernommen werden. Das fordert ein Antrag der CDU im Landtag. Zuvor war von der Frak-tion die volle Übernahme der Personalkosten für Lehrer durch das Land verlangt worden.

★

**Eine Initiative zum Bau von Sportstätten** hat die CDU-Kreis-tagsfraktion Bergstraße entwikkelt. Sie fordert einen Zuschuß des Kreises von jeweils 20 Pro-zent der Baukosten bei der Er-richtung von zentralen Sportstät-ten. Diese Mittel sollen nach Er-teilung der Bindungsermächtigung durch das Land sogleich gegeben werden ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt, zu dem die Landesmittel eintreffen.

## CSU fordert wirksamere Verbrechensbekämpfung

**Auf Vorschlag des CSU-Landesvorsitzenden, Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß, hat der Partei-vorstand die Gründung einer CSU-Kommission beschlossen, die unter Federführung von Generalsekretär Max Streibl einen Katalog von Maß-nahmen erarbeiten soll, der die innere Ordnung, Ruhe und Sicherheit in der Bundesrepublik gewährleistet.**

Dem Anwachsen der Kriminalität kann nicht durch Bangemachen, sondern ausschließlich durch eine wirksamere Verbrechensbekämpfung begegnet werden. Die CSU unter-stützt alle Maßnahmen, die einen besseren Schutz der Bevölkerung vor kriminellen Außenseitern ge-währleisten und mit den Grundsätzen eines freiheitlichen Rechtsstaates vereinbar sind. Die zu weitgehende Liberalisierung des Straf- und Straf-prozessrechts ist eine der Ursachen für das Anwachsen der Kriminalität.

**Die CSU will daher, daß**

- den Rechten des Beschuldigten dort eine Grenze gesetzt wird, wo sie die erfolgreiche Tätigkeit der Strafverfolgungsbehörden gefährden;

- gegen den Beschuldigten, der eines Verbrechens oder vorsätzlich begangenen Vergehens dringend verdächtig ist, ein Haftgrund auch dann besteht, wenn die Gefahr begründet ist, daß der Beschuldigte vor rechtskräftiger Aburteilung ein weiteres Verbrechen oder vorsätz-liche Vergehen gleicher oder ähn-

licher Art begehen werde (Wieder-holungsgefahr) und die Haft zur Ab-wendung der drohenden Gefahr er-forderlich ist (Neufassung des Para-graphen 112 Abs. 3 der StPO;

- die Dauer der Ermittlungs- und Strafverfahren auf ein angemesse-nes Maß verkürzt wird;

- Art und Höhe des Strafmaßes sowie die Maßnahmen des Strafvoll-zugs auch unter Berücksichtigung ihrer abschreckenden Wirkung fest-gesetzt werden.

**Die Polizei hat im Rahmen der Verbrechensbekämpfung hervorra-gende Arbeit geleistet. Ihr ist das Absinken der Aufklärungsquote nicht anzulasten.** Sie muß technisch, orga-nisatorisch und personell in die Lage versetzt werden, zu jeder Zeit mit der kriminellen Entwicklung Schritt zu halten.

**Deshalb will die CSU**

- eine verstärkte Kooperation der Kriminaldienststellen in Bund und Ländern;

- eine sachgerechte Verteilung der Zuständigkeiten zur Gewährlei-stung einheitlicher Ermittlungen;

- die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für die Behebung der Personalnot bei der Poli-zei sowie die Anschaffung des zur Auswertung von Fahndungsergeb-nissen notwendigen modernen tech-nischen Geräts.

## Informationen

# Völlig überflüssig

Für den Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Helmut Schmidt, scheint jeder Tag verloren zu sein, an dem er nicht wenigstens mit einigen Zeilen in der deutschen Presse erwähnt wird. Nun hat freilich Helmut Schmidt nicht jeden Tag dem deutschen Volk unbedingt etwas Wichtiges zu verkünden. Er weiß aber auch hier wie stets einen Rat. Lieber etwas Banales, Selbstverständliches zu sagen, als gar nichts, ist seine Devise.

So griff Schmidt vor einigen Tagen zur Feder und schrieb dem Bundeskanzler einen Brief, in dem er um Auskunft bat, wann der Kanzler vor dem Bundestag seinen „Bericht zur Lage der Nation“ abgeben wolle. Diesen Brief ließ Schmidt selbstverständlich sofort veröffentlichen. Wahrscheinlich war dies auch der einzige Grund, weshalb er dem Kanzler dieses höchst überflüssige Schreiben sandte.

Der Sprecher der CDU, Dr. Rathke, hat inzwischen dem SPD-Fraktionsvorsitzenden die entsprechende Antwort erteilt und erklärt: „Man muß es zumindest als eine bemerkenswerte Übung bezeichnen, wenn der Fraktionsvorsitzende der SPD in einem sogleich veröffentlichten Schreiben an den Regierungschef einer Koalition, die auch von der SPD getragen wird, auf pure Selbstverständlichkeiten hinweist. Der Bundeskanzler hat bereits wissen lassen, daß er die Absicht hat, den ‚Bericht zur Lage der Nation‘ anläßlich des 17. Juni 1969, zugleich mit einer Erinnerung an das zwanzigjährige Bestehen der Bundesrepublik zu erstatten. Helmut Schmidt, der eben erst eine längere Aussprache mit dem Bundeskanzler hatte, hatte Gelegenheit gehabt, dies dabei zu erfahren.“

Brief-Schirmmützel sind auch im Wahljahr überflüssig.“

Helmut Schmidt mußte auch von der neutralen „Süddeutschen Zeitung“ einen herben Tadel einstecken. Die Zeitung befaßte sich mit dem Ratschlag Schmidts, der CDU-Kandidat für das Bundespräsidentenamt, Dr. Gerhard Schröder, sollte, falls er mit den Stimmen der NPD gewählt würde, sein Amt nicht annehmen. Was die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt, sollte Schmidt dreimal lesen. Es heißt dort u. a.:

„Soll Schröder von vornherein sagen, er pfeife auf die NPD-Stim-

men, um hinterher bei einem eventuellen Sieg doch keine Konsequenzen daraus zu ziehen? Welche Konsequenzen soll er daraus ziehen? Soll er zugunsten von Heinemann verzichten oder spielt Schmidt immer noch mit dem Gedanken, für den Fall einer ungenügenden Mehrheit im ersten Wahlgang an die Stelle beider Kandidaten einen gemeinsamen Kandidaten der Großen Koalition treten zu lassen? Soll man das Wahlgeheimnis aufheben, etwa indem man die Stimmzettel der NPD-Delegierten mit einem braunen Punkt kennzeichnet, oder soll man so tun, als ob die Bundesversammlung nicht aus 1036, sondern nur aus 1014 Wahlmännern bestünde?

Schmidts Rat ist einfach, und für das mißtrauische Ausland macht er sich zweifellos auch gut. Nur überlegt scheint er nicht zu sein.“

## Hessens SPD begehrt auf

Die „DDR“ sieht der SPD-Bezirk Hessen-Süd als souveränen Staat an; er fordert in einer Entschliebung, die der Bezirksparteitag verabschieden soll, normale Beziehungen zur Sowjetzone, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze sowie der sowjetischen Westgrenze.

Wie schon vor kurzem der SPD-Unterbezirk Frankfurt am Main, so haben jetzt auch die Sozialdemokraten Südhessens der vom Gesamtparteitag in Nürnberg veröffentlichten „SPD-Wahlplattform“ einen eigenen Entwurf entgegengestellt.

Obwohl der Bundesvorstand der SPD an den Parteifreunden in Hessen harte Kritik übe und den vorgelegten Entwurf als „abwegig“ bezeichnete, steht eine beachtliche Minderheit in Hessen-Süd auf dem durch den Antrag formulierten Standpunkt. Wie Berichten zu ent-

nehmen ist, reisen einzelne Delegierte „über Land“, um die Stimmung zu testen. Beifall erhalten die Revolutionäre gegen den Bonner Kurs der SPD vor allem aus den Reihen der Jungsozialisten.

Typisch für deren politische Ansichten ist die Erklärung des Vorsitzenden der Jungsozialisten in diesem Bezirk zur Frage der Teilnahme an den sogenannten Ostermärschen, die bekanntlich von der SPD abgelehnt werden:

„Die Jungsozialisten von Hessen-Süd haben auf ihren Konferenzen die Teilnahme an den Ostermärschen der Kampagne für Demokratie und Abrüstung befürwortet. Bis jetzt haben sie sich stets die Freiheit genommen, an den Aktionen der Kampagne teilzunehmen. Sie sehen keinen Anlaß von dieser Linie wieder abzugehen.“

Werkmeister, Techniker, Oberkellner; die FDP mit Manager, Juwelier, Bankier.“

„WAZ“, 14. 2. 1969

„Und es ist töricht, die Westeuropäische Union jetzt aus Trotz zu boykottieren — Frankreich isoliert sich damit lediglich selbst... Die ‚splendid isolation‘ der nur noch mit ihresgleichen verkehrenden Großmacht kann Frankreich dabei trotz des Liebäugelns mit USA und UdSSR ohnehin niemals erreichen. Mag de Gaulle sich auch Hoffnungen machen, nach dem Paris-Besuch Nixons über einen direkten Draht nach Washington zu verfügen — die schlechten britischen Erfahrungen mit einer solchen ‚special relationship‘ sollten ihn eines Besseren belehren.“

„Rhein-Neckar-Zeitung“, 19. 2. 1969

## ...Aufgelesen...Aufgelesen...

„Zunächst ein Rätsel: Er ist ein höherer Beamter zwischen 55 und 60 Jahren. Mittelgroß und gepflegt ist er, und er trägt einen dunkelgrauen Anzug. Er bewohnt ein eigenes Häuschen am Stadtrand, hat Klassiker im Bücherbord, heiratet ein anspruchsloses Mädchen und führt eine monotone Ehe. Wer ist das? Die Antwort lautet: Das ist Mister CDU, wie ihn sich der Wähler vorstellt. Die Meinungsforscher jedenfalls haben in diesem grauen Männlein das personifizierte Image der Partei entdeckt. Da wird die CDU aber staunen.“

Daß sie ein Image haben, wissen inzwischen auch die Parteien. Doch was das ist, wissen sie selbst nicht

genau. Noch weniger wissen die Bundesbürger, welches Image die Parteien bei ihnen haben. Das Image ist aber für den Wahlkampf sehr wichtig. So kompliziert ist wieder einmal die Situation vor den Bundestagswahlen.

Nur die Fachleute können da weiterhelfen. Im Auftrag der Politischen Akademie Eichholz ist ein Bremer Institut für Marktforschung über die geheimen Wünsche im Unbewußten der Wähler sozusagen bis zum Grund der Meinungen vorgestoßen. Da unten aber ist's fürchterlich. Der Wähler identifiziert etwa die CDU/CSU mit den Berufen: Amtmann, Verwaltungsinspektor, Museumsdirektor; die SPD mit

## Stichwort zum Wochenende

Nach Europa führt kein Weg über die Hintertreppe. Darüber macht man sich in keiner europäischen Hauptstadt Illusionen. Freilich: auch übertriebenes Mißtrauen erweist sich beim Bau Europas als hinderlich.

Eine Verfahrensfrage ist der Anlaß, daß bei der jüngsten Ratstagung der Westeuropäischen Union (WEU) der französische Stuhl leer geblieben ist. Paris meint, zur Einberufung dieser Sitzung, in der die Lage im Nahen Osten diskutiert werden sollte, sei Einstimmigkeit notwendig gewesen; die Briten sind der Auffassung, es habe sich um eine Routinesitzung gehandelt.

Doch das scheint alles sehr vordergründig zu sein. Es geht um die zitierte Hintertreppe, oder deutlich gesagt, der französische Staatspräsident argwöhnt, der Umweg über die WEU könnte eines Tages dazu benutzt werden, um sein Veto gegen Englands Eingliederung in die europäische Gemeinschaft zu umgehen. Auch die Bundesregierung hält nichts von solchen Hintertreppen. Die Einigung Europas kann nicht gegen Frankreich vorangetrieben werden. Wer darauf spekuliert, setzt alles aufs Spiel, was bisher erreicht worden ist. Unser Bemühen kann es deshalb nur sein, die bestehenden Institutionen, die EWG wie die WEU, funktionsfähig zu erhalten.

Das liegt im deutschen, und liegt im europäischen Interesse. Wer die europäische Einigung wirklich will — und wir wollen sie! —, der braucht neben Zähigkeit auch Geduld.